

THEMEN DES MONATS

BONN — PEKING: LEHREN DER VERGANGENHEIT, FINGERZEIGE FÜR DIE ZUKUNFT

Weltpolitisch gesehen waren Bonn und Peking bisher wie zwei Planeten, die verschiedenen Sonnensystemen angehören. Nur ganz selten kreuzten sich - und auch dies nur für einen Augenblick - ihre Bahnen, nämlich in den Jahren 1956, 1957 und 1964.

1956 besuchte der damalige FDP-Abgeordnete im Bundestag, Hermann Schwann, die VRCh auf eigene Initiative und eigene Kosten. Er wurde von Chou En-lai und Außenminister Chen Yi empfangen und erreichte die Freilassung von sieben Deutschen, die damals in chinesischen Gefängnissen saßen - eine vielsagende Geste Pekings, die in Bonn freilich unbeachtet blieb. Es mußten 16 Jahre vergehen, ehe ein weiterer Vertreter des Bonner Establishment, diesmal Gerhard Schröder, den 700-Millionen-Staat besuchte.

1957 schloß der Ostausschuß der deutschen Wirtschaft jenes berühmte, auf ein Jahr befristete Handelsabkommen mit dem "Chinesischen Ausschuß zur Förderung des Internationalen Handels", dessen Präambel den Wunsch enthielt, "den Handel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China zu entwickeln ..." (1) Die Bundesregierung wollte auch dieses abermalige Zeichen aus Peking nicht wahrnehmen; galt doch die VRCh nach wie vor als bedingungslose Befürworterin der deutschen Teilung.

Gerade was die Deutschlandfrage anbelangt, schien sich 1964, also nach dem endgültigen Zerwürfnis zwischen Peking und Moskau, eine Wandlung der chinesischen Auffassung anzubahnen. Überdies hatte das Frankreich de Gaulles im Januar desselben Jahres die VRCh diplomatisch anerkannt und damit die seit Jahren erstarrten diplomatischen Fronten aufgeweicht. Auch hatte seit dem wirtschaftlichen Fehlschlag des "Großen Sprungs", der China zu höheren Einfuhren zwang, und seit dem Flaggenzwischenfall von Nagasaki, der Peking dazu veranlaßte, Japan den Rücken zu kehren, ein immer intensiverer Handelsaustausch zwischen China und der Bundesrepublik eingesetzt (1958 belief sich der gesamte Austausch z.B. auf 927 Millionen DM, eine Summe, die bis 1964 allerdings wieder auf 309 Millionen DM zurückging, um später die Milliardengrenze zu überschreiten.) Hinzu kam die zumindest in der Formulierung neue Theorie Maos von den "Zwischenzonen", derzufolge es für China darauf ankam, die zwischen dem sozialistischen Block einerseits und den Imperialisten andererseits stehenden Länder der Zwischenzone (die Länder der Dritten Welt

gehören zur "ersten Zwischenzone", Kanada, Australien und die Industrieländer Europas zur "zweiten Zwischenzone") an der Seite der sozialistischen Länder gegen den Imperialismus zu mobilisieren. Schon damals deutete sich an, was heute Gewißheit ist, daß nämlich Moskau aus der Sicht Pekings zum imperialistischen Lager gehört.

War es unter diesen Umständen nicht ratsam, mit Peking Kontakt aufzunehmen? Bonn verstand die Zeichen der Zeit und beauftragte seine Botschaft in Bern, mit China ein Warenabkommen abzuschließen und dafür eine möglichst klare Berlin-Klausel herauszuhandeln. Trotz starker amerikanischer und japanischer Bedenken ließen sich die Verhandlungen zunächst gut an, scheiterten aber dann nach mehrmonatigem Verlauf ganz plötzlich, als die Chinesen sozusagen über Nacht nichts mehr von einer Berlin-Klausel wissen wollten und die Gespräche damit abrupt zur Einstellung brachten.

Was war geschehen? Die Antwort auf diese Frage scheint wichtig, weil in ihr offenbar der Schlüssel zum chinesisch-deutschen Verhältnis zu finden ist. Kein Wunder, daß schon bald zahlreiche Hypothesen und Spekulationen entstanden, von denen hier nur die vier wichtigsten herausgegriffen seien:

Die e r s t e und lange Zeit vorherrschende Theorie ging davon aus, daß es gewisse antichinesische Erklärungen des damaligen Bundeskanzlers Erhard bei einer Pressekonferenz in Washington (Juni 1964) gewesen seien, die Peking zu einem Rückzieher veranlaßt hätten. Bisher unbekanntes Aktenmaterial des Auswärtigen Amtes freilich, das Ernst Majonica bei einer Hamburger Chinatagung im März 1971 erstmals der Öffentlichkeit unterbreitete, räumt mit dieser Theorie gründlich auf; denn im Anschluß an Erhards Erklärungen fanden - wie wir heute wissen - zwischen Deutschen und Chinesen noch drei weitere Gespräche statt, und zwar zunächst in durchaus freundlicher Atmosphäre. (2)

Eine z w e i t e Hypothese geht davon aus, daß sich die Verhandlungspartner nicht hätten über juristische Fragen einigen können. Die Bonner Unterhändler in Bern hatten ja, wie bereits erwähnt, den Auftrag, mit China ein offizielles Warenabkommen abzuschließen, falls Peking bereit sei, eine möglichst eindeutige Berlin-Klausel zu akzeptieren. Die Chinesen, die gerade im Anschluß an ihre Anerkennung durch Frankreich auf weitere internationale Aufwertung erpicht waren, andererseits aber

Ostberlin nicht allzu sehr vor den Kopf stoßen wollten, drangen auf Zwischenlösungen. Nicht der Ausdruck "Berlin" sollte ins Abkommen aufgenommen werden, sondern die bereits in westdeutschen Verträgen mit Polen, Bulgarien und Ungarn bewährte Klausel "Währungsgebiet DM West". Ferner wünschten sie ein umfassendes Handelsabkommen und nicht nur ein bescheidenes Warenabkommen.

Selbstverständlich reizen diese Tatbestände zu der Annahme, daß die Verhandlungen an der diffizilen Unterscheidung zwischen de iure - Anerkennung (durch ein Handelsabkommen!) und bloßer de facto - Anerkennung (durch ein Warenabkommen) gescheitert seien. Für einen Deutschen, der die völkerrechtliche Anerkennungsdiskussion zwei Jahrzehnte hindurch verfolgt hat, war eine solche Argumentation auf Anhieb einleuchtend. Vom Standpunkt Pekings aus, dem es weniger um juristische Formalisierung völkerrechtlicher Beziehungen als vielmehr um Einordnung der Partnerstaaten in ein globales Frontenkonzept geht und ging, muß eine solche Annahme fehlgehen.

Ähnliches läßt sich auch über die d r i t t e Theorie sagen, die davon ausgeht, daß Peking mit der Anerkennung Berlins als eines zumindest wirtschaftlichen Bestandteils der BRD nicht die Taiwanfrage präjudizieren wollte. (3) Die Vorstellungen Bonns zur angestrebten Berlin-Klausel waren den Chinesen ja zumindest nach dem ersten Gespräch vom Juni 1964 bekannt. Wäre es darum gegangen, einen für die Taiwanfrage relevanten Präzedenzfall zu vermeiden, so hätte es keiner weiteren drei Unterredungen mehr bedurft! Im übrigen läßt sich das Verhältnis Peking - Taipei allenfalls noch mit der Beziehung Bonn - Ostberlin, keinesfalls jedoch mit dem Komplex BRD - Westberlin vergleichen!

Am zutreffendsten dürfte nach alledem die v i e r t e Hypothese sein, derzufolge der Sturz Chruschtschows (am 14. Oktober 1964) die entscheidende Rolle gespielt habe. Majonica meint, die Chinesen hätten sich vom Verschwinden ihres bisherigen Hauptfeindes eine Annäherung an Moskau versprochen und seien daher plötzlich entschlossen gewesen, die Sowjets nicht länger durch die Berner Gespräche mit der BRD zu provozieren. (4)

Ob diese Annahme richtig ist, läßt sich nur überprüfen, wenn man die gesamte Interessensituation der VRCh gegenüber Deutschland in Betracht zieht.

Läßt man hier einmal die weltrevolutionären Zielsetzungen der VRCh außer Betracht und stellt nur auf die nationalen Interessen ab, so ist deutlich zu sehen, daß China eine der ganz wenigen Großmächte ist, die aus eigenen Inter-

essen an der Wiedervereinigung eines antiso-wjetischen Deutschland interessiert ist. Schon einmal in der Geschichte hatte China ja von einem starken Deutschland profitiert, als nämlich der deutsche Angriff auf die Sowjetunion im Jahre 1941 Moskau dazu veranlaßte, all seine militärischen Kräfte an die Westfront zu werfen und damit - zum ersten Mal seit 1934 - die chinesische Grenzprovinz Sinkiang freizugeben. Unter diesen Gesichtspunkten ist es also ganz sicherlich falsch, wenn einige Autoren etwas undifferenziert hervorheben, daß sich die VRCh stets für eine Zweiteilung Deutschlands eingesetzt habe. (5) Da China seit dem zweiten Weltkrieg kein starkes Deutschland mehr haben kann, muß es aus der Not eine Tugend machen und eine doppelte Politik in Europa betreiben: Ganz in diesem Sinne befürwortet es - im Gegensatz zu Moskau! - eine starke EWG und versucht andererseits, das Beste aus der Teilung Deutschlands herauszuholen. Wie aber ist dieses Optimum zu erreichen? Dadurch daß Peking - ganz auf der Linie seiner Zwischenzonenkonzeption - beide Teile gegen Moskau ausspielt! Bei dieser Politik der "maximalen Isolierung" der Sowjetunion haben die Chinesen bereits den Albanern, den Rumänen und neuerdings sogar den Jugoslawen bedeutende Schützenhilfe geleistet. Warum sollten solche Erfolge auf lange Sicht nicht auch bei Ostberlin zu erreichen sein, das nach chinesischer Meinung ja ohnehin in starker Spannung zu Moskau steht?

Es muß Peking also darauf ankommen, Ostberlin möglichst wenig zu verärgern und ihm geduldig den Rücken gegenüber Moskau zu stärken. Während die Chinesen den Russen z.B. jeden Angriff mit gleicher Münze heimzahlen, zeigen sie den ostdeutschen Invektiven gegenüber, die ja ohnehin nur als Pflichtübung interpretiert werden, offenbar unbegrenzte Langmut. Ganz auf der Linie dieser Politik lag es auch, wenn Peking von der Klausel "Währungsgebiet DM West" plötzlich nichts mehr wissen wollte: Der überraschende Sturz Chruschtschows hat in Peking - das darf als sicher gelten - zu einer ausgedehnten Grundsatzdebatte geführt, in der alle Positionen neu überdacht wurden. In dieser Grenzsituation fand auch ein Schlagabtausch zwischen Moskauanhängern und Moskaugegnern statt, bei dem letztere die Oberhand gewannen. Es wäre naiv, Peking zu unterstellen, daß es aus dem Sturz eines einzelnen Mannes neue Hoffnungen für ein besseres Verhältnis zu Moskau geschöpft hätte. War nicht wenige Monate vorher, in Form der "Neun Kommentare" Pekings zur kommunistischen Generallinie, eine Debatte zu Ende gegangen, bei der China kein gutes Haar mehr am sowjeti-

schen System als Ganzem gelassen hatte? (6) Kurzum, der Sturz Chruschtschows führte in Peking nicht zur Aufwertung Moskaus, sondern setzte den Schlußstrich unter die bisher ohnehin ganz negative Bilanz. Träfen diese Annahmen zu, so müßte man - im Gegensatz zu Majonica - davon ausgehen, daß Peking mit seinem "Berner Rückzieher" nicht etwa den Sowjets, sondern den Ostdeutschen entgegenkommen wollte.

- (1) Zum "Handelsabkommen zwischen dem Ostauschuß der deutschen Wirtschaft und dem China-Komitee zur Förderung des internationalen Handels" vom 27.9.1957 vgl. Verträge der VRChina mit anderen Staaten, Teil 3: Die nicht-kommunistischen Länder Europas und die Länder Amerikas (einschl. Kubas), bearb. im Institut für Asienkunde Hamburg, Bd.XII/3 der Schriften des Instituts für Asienkunde in Hamburg, Frankfurt/M.-Berlin 1965 S.4-9 (4)
- (2) Einzelheiten zu den vier Gesprächen vgl. bei Ernst Majonica "Bonn-Peking, die Beziehungen der BRD zur VRCh", Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1971 S.94-115
- (3) So C.a. Juni 72 S.29 ff.
- (4) Majonica, op. cit. S.112-115; noch nachdrücklicher in FAZ 5.3.71

Die politischen Konsequenzen dieser Analyse? Peking betrachtet seine Außenpolitik zu beiden deutschen Staaten zumindest seit 1964 nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck seiner Anti-Moskau-Politik. Bonn ist vor allem als Teil der EWG, Ostberlin als potentielles Mitglied einer antisowjetischen Vereinten Front in Osteuropa interessant. Nur eine deutsche Politik, die diesen Intentionen folgt oder sich ihnen wenigstens annähert, kann mit chinesischem Beifall rechnen. we

- (5) Vgl. z.B. den Vorspann zu Uwe G. Fabritzek "Deutschland in der Außenpolitik Chinas", Außenpolitik 1972 S.30-39 (30), der im Text allerdings nicht in dieser Eindeutigkeit wiederholt wird. Dort heißt es, daß "Peking zwar eine Zwei-China-Politik ablehnt, aber eine Zwei-Deutschland-Politik befürwortet hat."
- (6) Die neun Kommentare, die zwischen dem 6.12.63 und dem 14.7.1964 geschrieben wurden, waren eine Antwort auf den Vorschlag des ZK der KPdSU "Zur Generallinie der internationalen Kommunistischen Bewegung" vom 30.3.1963. In diesen Kommentaren, die die bisher systematischste Auseinandersetzung mit dem Sowjetsystem darstellen, wurden sämtliche Bereiche der sowjetischen Innen- und Außenpolitik kritisch unter die Lupe genommen.

SCHRÖDER AUF DER CHINESISCHEN MAUER

Das deutsche Publikum hat in diesem Jahr vor dem Fernseher, in der Zeitung sowie am Rundfunk anhand der ausführlichen Berichte von zwei Reisen einen "intensiven Kurs für China-kunde" erhalten. Es waren die China-Reise Nixons im letzten Februar und die von Gerhard Schröder im Berichtsmontat Juli. Beide trugen mangels offizieller zwischenstaatlicher Beziehungen zu Peking zwar rein formell privaten Charakter, doch sind ihre politischen Auswirkungen ungewöhnlich weitreichend. Nixons Besuch in China hat die internationale Machtkonstellation in Ostasien fast völlig verändert, und alles deutet darauf hin, daß auch Schröders Reise ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen Bonn und Peking einleiten kann.

Schröders Reise erfolgte auf Einladung des "Chinesischen Volksinstituts für Außenpolitische Angelegenheiten", einer halbamtlichen Institution, die sich hauptsächlich die Förderung der Beziehungen Chinas zu den Staaten ohne diplomatische Verbindung zu Peking zur Aufgabe gemacht hat. Auf deutscher Seite hatte die Bundesregierung anfangs die Absicht, der Mission Schröders den Anstrich einer Reise eines führenden Oppositionspolitikers zu geben.

Zwar hat sich Schröder vor Antritt seines Besuchs in China mit Bundeskanzler Brandt und Bundesaußenminister Scheel beraten, doch bemühte sich der Sprecher des Auswärtigen Amtes, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu verwischen, daß der CDU-Exaußenminister mit einem Regierungsauftrag betraut worden sei. (1) Trotzdem ist nicht zu leugnen, daß Schröder als erster prominenter Politiker der Bundesrepublik eine Reise nach China gemacht hat. Das Interesse der Öffentlichkeit zeigte sich besonders dadurch, daß fast alle großen deutschen Zeitungen und die Fernsehanstalten Korrespondenten zur Begleitung Schröders nach China entsandt haben.

Schröder und seine Begleitung trafen am 15. Juli von Bonn kommend über Paris und Shanghai in Peking ein. Noch am gleichen Tag führte er schon das erste Gespräch mit Ch'iao Kuan-hua, dem regsamsten der Stellvertretenden Außenminister Chinas. Der 60-jährige Ch'iao hat vor dem Zweiten Weltkrieg in Tübingen promoviert und leitete im vergangenen Jahr die erste Delegation Pekings bei der UNO-Generalversammlung. Der Korrespondent der FAZ, Harry Hamm, bezeichnet in einem Be-